

Khol || Ofner || Karner || Halper

Österreichisches

2015 | **Jahrbuch**
für Politik

Eine Publikation der Politischen Akademie
Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Bildungsreform 2015 und die Neue Mittelschule

Der Artikel gibt einen Überblick über die Entwicklung der Neuen Mittelschule (NMS): von einem begrenzten Schulversuch, der aus politischen Opportunitätsgründen zu einem neuen pädagogischen Modell für die Mittelstufe in ganz Österreich ausgeweitet wurde. Dies, ohne die gesetzlich vorgesehene Evaluierung abzuwarten, dafür aber mit weitreichenden finanziellen Konsequenzen. Die Neue Mittelschule wird als großes bildungspolitisches Experiment gesehen, in dem versucht wird, die zunehmend drängender werdenden Probleme in den Hauptschulen durch den Einsatz unterrichtsbezogener Innovationen (Stichwort „Neue Lehr- und Lernkultur“) und durch zusätzlichen Stundenaufwand zu lösen. Die Evaluierung der ersten Jahrgänge hat ergeben, dass die NMS zwar keinen Beitrag zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit leistet und auch kaum Verbesserungen im fachlichen Bereich erkennen lässt. Aber es gibt positive Ergebnisse im Bereich der Lernkultur und teils starke Effekte im Bereich des Schulklimas und der Schulkultur. Anstelle einer pauschalen Verurteilung, wie sie in der öffentlichen Diskussion stattgefunden hat, wäre es wichtig, mit einer breiten Diskussion der bisherigen Ergebnisse zu einer Weiterentwicklung des neuen pädagogischen Modells beizutragen. Dazu werden im vorliegenden Artikel zwei Vorschläge gemacht:

- *Das pädagogisch-didaktische Konzept sollte um Maßnahmen ergänzt werden, die das Lernen der leistungsschwächsten Schüler besonders unterstützen. Die Schwächeren brauchen stärker strukturierte Unterrichtstechniken; der nun forcierte individualisierte Unterricht bietet ihnen nicht genügend Lernchancen. Lehrer- und schülerzentrierte Unterrichtsphasen sollten besser ausbalanciert sein.*
- *Mit der flächendeckenden Einführung des Teamteachings wurden zusätzliche Ressourcen nach dem Gießkannenprinzip auf alle Schüler und Schulen verteilt. Besser wäre es, die Mittel zum einen für besonders lernschwache Schüler einzusetzen. Wie diesen am besten geholfen wird, sollen die Schulen selbst entscheiden dürfen. Zum anderen sollen die zusätzlichen Gelder vor allem an Schulen gehen, die einen höheren Anteil an Risikoschülern haben als der*

Durchschnitt. Die Vergabe sollte sich an der sozialen Zusammensetzung der Schüler orientieren, wie es bereits in vielen Ländern üblich ist.

Im Jahr 2015 fand in Österreich keine Bildungsreform statt. Zugegeben, es wurde viel über ein von den Regierungsparteien angekündigtes, angeblich großes Reformkonzept berichtet und diskutiert. Was am 17. November jedoch als „Eckpunkte der Bildungsreform“ präsentiert wurde, wirft bisher (Jänner 2016) mehr Fragen auf, als beantwortet wurden. Damit sind nicht nur die schon bald aufgebrochenen Differenzen über den Umfang der Gesamtschulversuche gemeint. Auch nicht die vielen vagen Formulierungen und unrealistischen Umsetzungserwartungen. Damit ist die Frage der Finanzierung angesprochen. Der Vortrag an den Ministerrat enthielt nämlich keine Finanzplanung. Damit stehen alle vorgeschlagenen Maßnahmen (von der besseren Ausstattung der Schulen bis zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr) unter Finanzierungsvorbehalt. Dies bei einer Budgetlage, die für das Bildungsressort eine „strukturelle Lücke“ von über 550 Millionen Euro¹ aufweist. Es ist also schon aus budgetären Gründen noch völlig unklar, welche der Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden können. Auch haben die politischen Verhandlungen mit den Interessenvertretern noch nicht einmal begonnen (die AHS-Lehrergewerkschaft hat sich schon einmal skeptisch gegenüber den geplanten neuen Befugnissen der Schuldirektoren positioniert). Und wer daran glaubt, dass die Länder tatsächlich einer zentralen Abrechnung der Landeslehrer-Gehälter über das Bundesrechenzentrum zustimmen, hat sich nie mit der Geschichte der sogenannten Transparenzdatenbank auseinandergesetzt.

2015 wäre ein ganz anderes Thema zu diskutieren gewesen, jene Reform, die bis 2018/19 Jahr für Jahr tatsächlich umgesetzt wird. Das bildungspolitische Großexperiment zur Hauptschulreform, genannt „Neue Mittelschule (NMS)“.

1 „Hürden am Weg zur ‚geilen Reform‘“, Die Presse vom 1. Jänner 2016

Die mediale Vernichtung der NMS nach dem Evaluierungsbericht

Am 4. März 2015 wurde die lange erwartete Evaluierung der Neuen Mittelschule (NMS) in Form eines umfangreichen Forschungsberichtes der Öffentlichkeit präsentiert. Die öffentliche Debatte nach der Präsentation des Berichts war kurz und heftig. In den Medien dominierten Schlagzeilen wie „Neue Mittelschule durchgefallen“ (Kurier), „Nicht besser als Hauptschule: NMS enttäuscht“ (Die Presse) oder „Schlechtes Zeugnis für Neue Mittelschule“ (orf.at) und genüsslich wurde ein fataler Satz aus dem Resümee der Ergebnisse aus dem Zusammenhang gerissen und zitiert: „Insgesamt gibt es keine belastbaren Hinweise, dass das Niveau der NMS im Durchschnitt über jenem vergleichbarer Hauptschulen liegt. Vielmehr bestehen Zweifel, ob dieses an allen Standorten tatsächlich erreicht wird.“²

Der Tenor der Berichterstattung bestand im Wesentlichen darin, dass nun eine langjährige, als SPÖ-Prestigeprojekt geführte Reform endgültig gescheitert sei. Das sehr klare mediale Urteil überraschte, da das wissenschaftliche Konsortium unter der Leitung des Salzburger Erziehungswissenschaftlers Ferdinand Eder einen durchaus kritischen, aber differenzierten Evaluierungsbericht vorgelegt hatte³, dessen Ergebnisse zwar durchwachsen waren, aber nicht jene pauschalen Verurteilungen rechtfertigten, die nach Veröffentlichung des Berichts die Medien dominierten.

Um zu verstehen, warum die öffentliche Berichterstattung und Diskussion so polarisiert vonstattenging, muss man sich die Entstehungsgeschichte der Neuen Mittelschule in Erinnerung rufen.

Die Neue Mittelschule als Schulversuch

Politischer Ausgangspunkt für die NMS war das Regierungsprogramm 2007 bis 2010, in dem u. a. festgelegt wurde, dass für die Schulen der Sekundarstufe I – also Hauptschule und Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule (AHS) – neue Modelle der Leistungsdifferenzierung erarbeitet und

² Eder et al., *Evaluation der neuen Mittelschule. Zusammenfassung*, Salzburg und Linz 2015, S. 22.

³ Eder et al., *Evaluation der Neuen Mittelschule. Forschungsbericht*, Salzburg und Linz 2015.

umgesetzt werden, um unterschiedliche Begabungen besser individuell fördern zu können.

Zur Unterstützung der Konzeptentwicklung wurde eine Expertenkommission eingesetzt. Diese empfahl, Modellversuche eines anfangs als „Gemeinsame Schule“ und später als „Neue Mittelschule“ bezeichneten neuen Schultyps in eigenen Regionen flächendeckend zu erproben. Nach politischer Einigung wurden diese Modellversuche Anfang 2008 als Schulversuche im Schulorganisationsgesetz verankert und an definierten Schulstandorten für einen Zeitraum von vier Jahren genehmigt. Voraussetzung war eine Zweidrittel-Zustimmung von Lehrern und Erziehungsberechtigten. Von den ursprünglich vorgesehenen Modellregionen war man abgekommen.

Im Schuljahr 2008/09 begann die erste „Generation“ der NMS-Modellversuche in den Ländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg mit insgesamt 67 Schulen. Die zweite „Generation“ der NMS-Modellversuche – Schuljahr 2009/10 – umfasste weitere 177 Schulen, wobei sich nun auch die restlichen Bundesländer beteiligten. Gleichzeitig wurde eine verpflichtende Evaluierung durch das Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) gesetzlich festgelegt.

Schulreform als innerkoalitionäre Kampfstrategie

Parallel zur formalen Installierung des neuen Schultyps, inklusive der Einrichtung von Schulungen, Vernetzungsgruppen und Informationsmaterialien, fand jedoch eine Art Ideologieoffensive statt. Von Seiten des Unterrichtsministeriums wurde das Reformvorhaben Neue Mittelschule von Beginn an als eine Art „Kampfstrategie“ konzipiert: Obwohl die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen in den vorangegangenen Koalitionsverhandlungen nicht durchgesetzt worden war, sollte sie nun auf Konzept- und Propagandaebene antizipiert werden. Nach dem Motto: „Jetzt erst recht“ wurde in keinem Pressegespräch, in keiner Schulungsunterlage und in keiner Präsentation darauf vergessen, die Neue Mittelschule als wesentlichen Meilenstein auf dem Weg zur Etablierung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen zu beschreiben. Unterstützt wurde dies durch eine

breit angelegte PR-Kampagne, die vor allem über Inserate in Printmedien geführt wurde.⁴

Liest man die frühen „Erfolgsmeldungen“ aus den Jahren 2008 und 2009, muss man annehmen, dass die Ministerin und/oder ihr Beraterteam tatsächlich daran geglaubt haben, aufgrund des überragenden pädagogischen Konzepts oder der damit verbundenen zusätzlichen Lehrstunden würden sich nun reihenweise Gymnasien in NMS umwandeln, wodurch die leidige Gesamtschul-Debatte quasi von selbst beendet werde. Allerdings erfüllte sich – wie von vielen Experten vorausgesagt – kaum eine dieser Erwartungen. Weder entschlossen sich genügend Gymnasien zur Umstellung, noch konnten Bundeslehrer in ausreichender Zahl zum geplanten Teamteaching (Zwei-Lehrer-System) gefunden werden. Auch die Rückmeldungen von einzelnen Schulstandorten waren wenig ermutigend.

Die Lösung: ein politischer Deal mit den Landeshauptleuten

Trotz aller propagandistischen Anstrengungen drohte das aufwändige Konzept – immerhin ein Herzstück der Bildungsreformbemühungen von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) – im Herbst 2011 zu scheitern. Als letzter Ausweg wurde eine Vereinbarung mit dem Koalitionspartner geschlossen, um dem Prestigeprojekt doch noch irgendwie zum Erfolg zu verhelfen. Oder zumindest zu etwas, das man öffentlich als Erfolg verkaufen konnte.

Im März 2012 wurde im Nationalrat die sukzessive flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule an den Hauptschulen beschlossen. Der ursprüngliche Widerstand aufseiten der ÖVP wurde einerseits damit besänftigt, dass im Rahmen der gesetzlichen Normierung gleichzeitig der Fortbestand der AHS-Unterstufe festgeschrieben wurde. Andererseits bedeutete die Ausweitung eine beträchtliche Erhöhung der finanziellen Ausstattung des unter Landesverwaltung stehenden Nachfolgers der Hauptschulen. Die folgende Aufstellung der zusätzlich geplanten Ausgaben für die Neue Mittelschule verdeutlicht die finanzielle Dimension des Reformprojekts:

⁴ Laut RH-Bericht wurden von 2008/09 bis 2011/12 rund 1,8 Mio. Euro für Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet, davon rd. 1,08 Mio. für Inserate in Printmedien.

2011	€ 41.584 388,0	2016	€ 199.860 924,0
2012	€ 67.493 814,0	2017	€ 217.619 920,0
2013	€ 100.246 850,0	2018	€ 226.396 248,0
2014	€ 134.176 024,0	2019	€ 229.367 544,0
2015	€ 169.611 480,0		

Der Bericht des Rechnungshofes zur Neuen Mittelschule

Der Rechnungshof prüfte vom November 2012 bis März 2013 die Modellversuche der Neuen Mittelschule der Schuljahre 2008/09 bis 2011/12. Selten erhielten schulpolitische Reformen eine derart kritische Bewertung:

- Für die flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule in ganz Österreich ab 2012/13 lagen keine zentralen Entscheidungsgrundlagen vor, da die gesetzlich vorgesehene Evaluierung noch nicht abgeschlossen war.
- Die durchschnittlichen Lehrpersonalkosten stiegen von 6.600 Euro pro Schüler und Schuljahr an Hauptschulen auf rund 7.200 Euro pro Schüler und Schuljahr an Neuen Mittelschulen. Die Lehrpersonalkosten an AHS lagen dagegen im bundesweiten Durchschnitt bei 4.700 Euro.
- Das Unterrichtsministerium hatte Vergabevorschriften nicht eingehalten: Aufträge zur Durchführung des Projekts „eLearning“, zur Entwicklungsbegleitung und für die Öffentlichkeitsarbeit wurden ohne Wettbewerb bzw. teilweise ohne Ausschreibung vergeben.
- Die Organisation des Projekts Neue Mittelschule war zu komplex angelegt, erfolgte zu spät und musste mehrmals angepasst werden; die Koordination mit den Bundesländern war mangelhaft.
- Ausführliche Kritik äußerte der Rechnungshof am verschränkten Einsatz von Bundes- und Landeslehrern. Die zersplitterte Kompetenzlage im Schulwesen erforderte sowohl bei der Planung als auch bei der Abrechnung aufwändige Verwaltungsabläufe. Die vielfältigen dienst- und besoldungsrechtlichen Unterschiede zwischen Bundes- und Landeslehrern erschwerten den gemeinsamen Einsatz und zeigten die praktische Undurchlässigkeit zwischen beiden Lehrergruppen.

- Positiv wurde vermerkt, dass die Fort- und Weiterbildungsaktivitäten an Pädagogischen Hochschulen wesentlich erweitert wurden und sich die Anzahl der Teilnehmer vom Schuljahr 2009/10 bis zum Schuljahr 2010/11 verfünffachte.

Was tatsächlich im Evaluierungsbericht zur Neuen Mittelschule steht

Anfang März 2015 wurde, wie anfangs erwähnt, die 2009 beschlossene begleitende Evaluierung bzw. der darüber erstellte Forschungsbericht der Öffentlichkeit präsentiert. Die mediale Berichterstattung und öffentliche Diskussion stand in erstaunlichem Gegensatz zur differenzierten Darstellung des Evaluierungsberichts. Aber vielleicht war das die unvermeidliche Konsequenz aus der überschießenden (Jubiläum-)Propaganda während der Einführung des neuen Schulmodells. Nun wurden die ersten Jahrgänge der Neuen Mittelschule an den ursprünglichen, utopischen Versprechungen gemessen und konnten in dieser Hinsicht nur enttäuschen.

Zugleich wurde in beinahe allen Medienberichten auf den Hinweis vergessen, dass sich die vorliegende Evaluierung lediglich auf die Anfangskohorten, also die ersten beiden Jahrgänge und somit auf die spezifische Konstellation der Startphase der Neuen Mittelschule bezieht. Die Standorte der ersten beiden Generationen der NMS unterscheiden sich wesentlich vom Durchschnitt der Hauptschulen: Sie weisen mehr Eltern mit geringer Schulbildung und wesentlich mehr Schüler mit Migrationshintergrund und daher nichtdeutscher Alltagssprache auf (22 Prozent statt 13 Prozent). Damit sind die Ergebnisse nur eingeschränkt für eine Gesamtbewertung der Neuen Mittelschule geeignet.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung lassen sich die wichtigsten Ergebnisse folgendermaßen zusammenfassen:

- Positive oder zumindest leicht positive Ergebnisse werden im Bereich der Lernkultur erzielt, wobei sich bei jenen Schulen, die das NMS-Konzept intensiver umgesetzt haben, eine deutlichere Ausprägung der Effekte findet.
- Ebenfalls positive und zum Teil starke Effekte lassen sich im Bereich der Schulkultur feststellen. Das Ausmaß erlebter und ausgeübter Gewalt ist nach Einführung der Neuen Mittelschule deutlich geringer, ebenso

kommt es zu einem signifikanten Rückgang bei abweichendem Verhalten der Schüler.

- Die Veränderungen der Kompetenzen im fachlichen Bereich fallen in den untersuchten Generationen unterschiedlich aus: Während bei der ersten Generation deutliche Verbesserungen in Mathematik und leichte Verbesserungen in Deutsch und Englisch feststellbar sind, wurden in der zweiten Generation lediglich geringe Verbesserungen in Deutsch und Englisch vermerkt. In Mathematik kam es in der zweiten Generation zu einer leichten Verschlechterung. Beim Vergleich der Lesekompetenzen waren die Unterschiede nicht bedeutsam.
- Die Neue Mittelschule leistet keinen Beitrag zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Im Vergleich der Schülerleistungen zeigt sich keine Verbesserung der Situation der leistungsschwächeren Schüler gegenüber der Situation vor der Einführung der NMS. Die Tendenz der Ergebnisse weist eher in die umgekehrte Richtung! Lediglich für Schüler mit nichtdeutscher Alltagssprache dürfte der Besuch einer NMS leichte Vorteile mit sich bringen.
- Eine Auswertung der Übertrittsraten von der Neuen Mittelschule in weiterführende höhere Schulen (AHS oder BHS) stellt eine geringfügige Verbesserung der Durchlässigkeit fest. Schüler der ersten Generation der NMS entschieden sich häufiger für eine höhere Schule, als das für vergleichbare Hauptschulen der Fall war. Die Autoren sehen darin aber keinen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von Ungleichheit.

Die Neue Mittelschule: Ein bildungspolitisches Experiment zur Hauptschulreform

Führt man die übertriebenen und zum Teil völlig unrealistischen Visionen aus der Anfangspropaganda der Neuen Mittelschule auf den Boden der Tatsachen zurück, so lässt sich ein realistischer Blickwinkel einnehmen: Die Einführung des pädagogischen Modells namens Neue Mittelschule ist ein umfassendes pädagogisches Reformprogramm zur Lösung der immer drängender werdenden Probleme in den Hauptschulen. Die immer schon bestehenden Schwierigkeiten einer durch negative soziale Auslese zusammengesetzten Schülerpopulation wurden in den letzten Jahrzehnten erheblich verschärft,

einerseits durch die vermehrte „Flucht“ in die AHS, andererseits durch die Auswirkungen eines größeren Zustroms von Kindern mit Migrationshintergrund. Damit findet sich in vielen Hauptschulen eine extrem heterogene Schülerschaft mit einem hohen Anteil an sogenannten Risikoschülern, die in Gefahr sind, bis zum Ende der Schulpflicht an den Anforderungen einer grundlegenden Allgemeinbildung zu scheitern. Das Projekt Neue Mittelschule ist der Versuch, diese Probleme in erster Linie durch unterrichtsbezogene Innovationen (Stichwort Neue Lehr- und Lernkultur) und durch zusätzliche Ressourcen in Form von höherem Stundenaufwand zu lösen oder zumindest abzuschwächen. Die Reform ist in ihrer Gesamtheit durchaus umfangreich angelegt: Das pädagogisch-didaktische Konzept ist umfassend und anspruchsvoll, die angestrebte Veränderung des Unterrichtsgeschehens durchgreifend. Gleichzeitig wird das Projekt von breiten Unterstützungsmaßnahmen auf verschiedensten Ebenen (Fortbildungsmaßnahmen, regionale Entwicklungsbegleitung, „LerndesignerInnen“ an den Schulen etc.) gefördert.

Die Einordnung der Neuen Mittelschule als großes bildungspolitisches bzw. pädagogisches Experiment ist in zweierlei Hinsicht wesentlich. Einerseits hat die NMS ihre Anfangsphase gerade erst hinter sich und ist derzeit nach wie vor in Ausweitung begriffen. So wurde die flächendeckende Einführung des neuen Modells auf ganz Österreich zwar bereits im März 2012 beschlossen, bis zur vollständigen Umwandlung der letzten Hauptschulen wird es allerdings noch bis zum Schuljahr 2018/19 dauern. Zieht man mit in Betracht, dass Veränderungen im pädagogisch-didaktischen Bereich generell erst mit einem gewissen Verzögerungseffekt zum Tragen kommen, wird verständlich, warum es viel zu früh ist, eine abschließende Bewertung des neuen pädagogischen Programms zu versuchen.

Andererseits ist eine Sichtweise, die den experimentellen Status des Reformprojekts betont, wichtig, um die Polarisierung zwischen vernichtender Kritik (über die öffentlichen Medien) und relativ kritikloser Belobigung (durch das Ministerium) zu überwinden. Wünschenswert ist eine breite Diskussion der Evaluierungsergebnisse, an der sich Bildungsexperten ebenso beteiligen wie Lehrer aus der Umsetzungspraxis und Eltern mit ihrer spezifischen Wahrnehmung.

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule

Das pädagogisch-didaktische Konzept sollte ergänzt werden

Etwas verkürzt dargestellt geht es im Konzept der Neuen Mittelschule darum, die in den Hauptschulen üblichen Leistungsgruppen abzuschaffen und durch Teamteaching, verstärkte Schülerorientierung und den Einsatz offener Lernformen zu ersetzen. Dies wurde jedoch nicht als Entwicklungsprozess gestaltet, sondern gesetzlich normiert und als Einstiegsvoraussetzung für alle Neuen Mittelschulen festgelegt. Auch die bereitgestellten Zusatzressourcen wurden auf das Teamteaching in den Hauptfächern konzentriert und ihre Verwendung für andere Bereiche untersagt.

Gerade an diesem zentralen Axiom des neuen pädagogischen Konzepts formierte sich von Anfang an Kritik. Nicht wenige Schulen weigerten sich einfach, diese Vorgaben umzusetzen. Das ist schon dadurch verständlich, dass die Praxis der Leistungsgruppen an vielen Standorten über Jahre hinweg erfolgreich eingesetzt worden war und keineswegs jene diskriminierenden Effekte gezeigt hatte, die von den Bildungsreformern unterstellt wurden. Das Teamteaching wird zwar als gute und wichtige Erweiterung des pädagogischen Spektrums angesehen, das in vielen Situationen auch zu Verbesserungen führt. Aber als Allheilmittel und zentrales Strukturprinzip ist es wenig geeignet.

Die Einführung dieser innovativen Methoden war ursprünglich auch mit der Erwartung verbunden, dass sich diese positiv auf die fachlichen Schülerleistungen auswirken würden. Diese Erwartungen wurden jedoch bei der Evaluierung der Effekte des neuen pädagogischen Konzepts auf die Leistungserbringung der Schüler vollständig enttäuscht. Methoden der inneren Differenzierung und Individualisierung (Teamteaching, Neue Lernkultur im Sinne von unterrichtlicher Individualisierung etc.) sind zwar sinnvolle Strategien, um mit der zunehmenden Unterschiedlichkeit der Schüler konstruktiv umzugehen. Sie zeigen positive Auswirkungen in Bereichen wie sozialem Lernen, Motivation oder Einstellung gegenüber der Schule. Aber in Hinblick auf die fachliche Leistungsentwicklung finden sich für diese innovativen Methoden in der aktuellen Schulforschung sehr unterschiedliche Ergebnisse:

- Verfahren der Differenzierung benötigen mehr Zeit für die Organisation, wodurch der Anteil der effektiven Lernzeit verringert werden kann.

- Die Wirksamkeit steht in Zusammenhang mit der Art und Weise der Implementierung. Die Aufgaben müssen sehr genau auf die Fähigkeiten der Schüler abgestimmt sein.
- Dabei hängt sehr viel von der Kompetenz und Erfahrung der Lehrpersonen ab.

Das größte Problem beim Einsatz von stark individualisiertem Unterricht, vor allem in städtischen Problemschulen, besteht jedoch darin, dass sie nicht allen Schülern gleiche Lernchancen bieten. Leistungsstarke und gut motivierte Schüler sind viel eher zur Selbststeuerung des Lernens fähig und profitieren daher von Methoden, die zur Selbsttätigkeit anregen. Schüler mit niedrigerem Kompetenzniveau, Wissensstand und geringerer Motivation, d.h. Schüler aus benachteiligten sozialen Schichten können eher aus einem hochstrukturierten Unterricht mit klaren Vorgaben Nutzen ziehen. Die gleiche Lernumgebung kann also für manche Schüler förderlich, für andere aber eher hinderlich sein. Ein pädagogisches Konzept, das zu einseitig auf alternative Konzepte zum traditionellen Unterricht setzt, verliert gerade die leistungsschwächsten Schüler aus dem Blickfeld und verschlechtert damit die Lernsituation für jene Risikogruppen, für die es eigentlich gedacht war.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Erkenntnissen für die Weiterentwicklung der Neuen Mittelschule? Um die fachlichen Schülerleistungen zu erhöhen, sollte das pädagogisch-didaktische Kernkonzept um Maßnahmen ergänzt werden, die das Lernen der leistungsschwächeren Schüler besonders unterstützen. Es geht um Unterrichtsstrategien, die nachgewiesenermaßen zur Verbesserung der Leistung dieser Gruppe beitragen.

Die Experten des Evaluierungsberichtes verweisen in diesem Zusammenhang auf das didaktische Konzept der drei „Basisdimensionen guten Unterrichts“⁵. Guter Unterricht zeichnet sich demnach durch drei Dimensionen aus:

- eine strukturierte und klare Unterrichtsführung in Kombination mit einer störungsfreien Klassenführung;
- die Schaffung eines unterstützenden, schülerorientierten Sozialklimas;

5 vgl.: Eder et al., *Evaluation der Neuen Mittelschule. Forschungsbericht*, Kapitel 14, S. 299.

- einen Unterricht mit einem hohen Potenzial zur kognitiven Aktivierung der Schüler. Damit ist ein herausfordernder, zum intensiven Nachdenken anregender Unterricht gemeint.

Es geht freilich nicht um ein Entweder-oder verschiedener Unterrichtsmethoden, weil sie – je nach Zielsetzung – ihre jeweilige Berechtigung haben. Worauf es vielmehr ankommt, ist ihr richtiges Verhältnis zueinander. Es geht um eine angemessene Balance zwischen lehrerzentrierten und schülerzentrierten Phasen im Unterricht.

Konzentration der Mittel auf Risikoschüler und Problemschulen ermöglichen

Durch die allzu rasche Ausweitung des ursprünglich als Schulversuch gestarteten Experiments Neue Mittelschule auf ganz Österreich ist eine Situation entstanden, die allen Forderungen nach einem effizienten Einsatz zusätzlicher Ressourcen im Schulwesen diametral widerspricht.

Mit der flächendeckenden Einführung des Teamteachings wurden die zusätzlichen Ressourcen nach dem Gießkannenprinzip auf alle Schüler und Schulen pauschal verteilt. Daher wird im Bericht der Evaluierungskommission (aber auch von vielen Bildungsexperten) eine Konzentration des Mitteleinsatzes in zweierlei Hinsicht gefordert:

Erstens sollten die Ressourcen zielorientierter bei besonders lernschwachen Schülern eingesetzt werden, was eine wesentlich autonomere Mittelvergabe auf Schul- und Klassenebene zur Voraussetzung hat.

Zweitens sollten jene Schulen bzw. Schulstandorte gestärkt werden, die aufgrund ihres sozioökonomischen Umfelds bzw. ihres hohen Anteils an Risikoschülern intensiveren Bedarf an Fördermaßnahmen haben als der Durchschnitt der Schulen. Angesprochen wird damit also jene bedarfsorientierte Mittelverteilung an Schulen, die in vielen Ländern gelebte Praxis ist und auch in Österreich schon länger von vielen Bildungsexperten dringend eingefordert wird. Bei dieser sogenannten „Formelfinanzierung“ wird die soziale Zusammensetzung der Schüler in einem Sozialindex abgebildet, der als Basis für die finanzielle Ausstattung eines Schulstandortes herangezogen wird.

Die Einführung derartiger Modelle muss selbstverständlich in vielerlei Hinsicht an die spezifischen Bedingungen des österreichischen Schulsystems angepasst und von entsprechenden Rahmenbedingungen begleitet werden. Dabei sind Fragen zu klären wie die Auswahl und Erhebung von Indikatoren zur Erfassung der sozioökonomischen Schüler-Zusammensetzung an einem Schulstandort, die Bestimmung eines Verfahrens zur Indexberechnung, die Bestimmung des Verteilungsvolumens etc.

Die wichtigste Voraussetzung für die Einführung solcher alternativer oder ergänzender Modelle der Schulfinanzierung besteht allerdings in einer grundlegenden Reform des föderalistisch geprägten, hochgradig bürokratisierten und stark regulierten Systems der österreichischen Schulverwaltung, in einer Abschaffung der zersplitterten Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und in einem Ersatz des derzeitigen Systems durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich.